

Bezugspreis:
Stichtjahr 6.75 RM. monat 2.25 RM.
restlos Haus vorauszahlung Einzelne
Nummern 10 Pfennig.
Bezug:
Monatlich 2.25 RM. erst Aufstellungsgeld
gebühren.
Amer. Postband für Deutsch-
und u. Österreich-Länder 3.60 RM.
für das übrige Ausland 4.60 RM.
bei
jährlich einmaliger Lieferung 7.60 RM.
Vorbekanntgaben nehmen in Dänemark,
Holland, Ungarn, Schweden
und die Schweiz.
Eingetragen in die
Holl.-Österr.-Zentralbibliothek
Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
genannt „Vorwärts“, einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 24. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die abgegebene Konvokationsliste
kostet 30 Pf. „Kleine Anzeigen“,
das betriebsdienliche Wort 10 Pf. (z. B.
2 betriebsdienliche Wörter), jedes weitere
Wort 10 Pf.
Stellenangebote und
Schlüsselangelegenheiten das erste Wort
30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte.
Leistungszuschlag 70%,
Familien-Anzeigen, politische und
gemeinschaftliche Berichte - Anzeigen
30 Pf. die Zeile.
Anzeigen für die
nächste Nummer behalten hat Aussicht auf
Wirklichkeit im hundertprozentigen
Betrag.
Einmalige Anzeigen 4. abzugeben
werden.
Schlüssel von 9 Uhr früh bis
6 Uhr abends.

Das Spartakisten-Attentat auf Auer.

Der Täter bekannt - aber in Freiheit.

Ein aus München zu unserer Information herüberge-
reifter Genosse in führender Stellung gibt uns
über den Mordanschlag auf Auer und die anderen sozialisti-
schen Minister folgende Aufklärung, die nicht gerin-
geres Aufsehen hervorrufen dürfte:

Die Unabhängigen und Spartakisten, die in München die
gesamte Presse, auch unsere „Münchener Post“ unter-
drückt haben, bemühen sich frampfhaft, den Mordanschlag
auf Auer zu verbunkeln und über den Mord an Eisner
zurücktreten zu lassen. Sie stellen es sogar so dar, als habe
der Täter im Landtag im Einverständnis mit dem Grafen
Arco gehandelt.

All das ist Schwindel. Wahrheit ist, daß das Attentat
auf Auer von dem ganz unter unabhängigen und spartakistischen
Einfluß stehenden sogenannten „revolutionären Arbeiterrat“ verübt
worden ist. Der Täter ist Mitglied des revolutionären
Arbeiterrates,

er heißt Alois Lindner, ist Metzger und
wohnt Heßstraße 27.

Lindner brüstet sich selber allenthalben mit seiner
Tat. Trotzdem befindet er sich in Freiheit und nie-
mand denkt daran ihn festzunehmen, was viel-
leicht für „Die rote Fahne“ und die „Freiheit“ von Inter-
esse sein wird, wenn sie sich darüber aufregen, daß der
flüchtige Mörder Liebtweins noch nicht verhaftet ist.

Charakteristisch ist, daß Lindner bei seiner Tat durch den
Eingang der Abgeordneten in den Sitzungssaal
herinkam, die Landtagswache hat ihn also durchgelassen.
Diese, von der Republikanischen Schutzwache gestellt, stand
überhaupt mit dem Täter durchaus im Konnex. Sie
erklärte den Abgeordneten sofort: Außer Auer müßten
noch Timm und Köpflinger daran glauben.

Lindner hat sich in der Tat, nachdem er Auer nieder-
geschossen hatte, nach Köpflinger umgesehen. Als er
ihn nicht fand, knallte er blindlings in den Saal, wobei der
Zentrumsabgeordnete Osel verlegt wurde, der dann starb.

Während der Tat waren die ganzen Tribünen von
Mitgliedern und Anhängern des revolutionären
Arbeiterrates besetzt, die mit Hand-
granaten und Revolvern bewaffnet waren.
Der Vorsitzende des Arbeiterrates, Hagemeister, rief,
nachdem die Schüsse gefallen waren, von der Tribüne her-
unter: „Das ist die Sache des Proletariats“. Ein
deutliches Zeichen, daß er und seine Genossen über die Tat
Lindners und ihre Motive im voraus orientiert
waren.

Bezeichnend ist auch, daß der Sanitäter der Repu-
likanischen Schutzwache der in seinem Blute liegenden
Auer erklärte: „Verdient hast du es nicht, daß ich
dir helfe, ich tue es nur als Mensch“. Als Auer um
einen Kognak bat, lehnte das der Sanitäter mit den geist-
vollen Worten ab: „Du gehst ja doch gleich drauf“.

Die Minister Timm und Hoffmann sind aus München
verschwennt und halten sich verborgen. Der revolutionäre
Arbeiterrat bildete die Hauptstütze Eisners; in der letzten Zeit
war er durch den Einfluß der Anarchisten Landauer, Lewien
und Mühsam noch bedeutend radikalisiert worden.

Das neue bayerische Ministerium.

München, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des
„Vorwärts“.) Durch eine Sitzung des Zentralrats, an der
die noch anwesenden Minister Frauendorfer, Jaffé und
Unterleitner teilnahmen, ist gestern abend das neue Mini-
sterium gebildet worden.

Ministerpräsident und Minister des Inneren ist Pro-
fessor Förster; für Auer übernimmt Segitz das Mini-
sterium des Innern, für Köpflinger übernimmt Schmidt
das Kriegsministerium. Jaffé bleibt Finanzminister,
Auktionsminister wird Hoffmann, falls er ablehnt,
Rückert; Justizminister Timm, falls er ablehnt,
Süßheim; Landwirtschaftsminister wird Däre (Wauerbund).

Sämtlichen Ministerien werden vorläufig je ein Unter-
staatssekretär von den Unabhängigen und der Mehrheits-
partei beiaugeben.

Die Spartakisten Lewien und Hagemeister, die aus dem
Zentralrat ausgetreten waren, haben erklärt, daß ihre Aus-
trittserklärung eine rein persönliche war, die sie wieder zu-
rückziehen, weil der revolutionäre Arbeiterrat auf ihrem Ver-
bleiben im Zentralrat bestche. Sie gehören also wieder dem
Zentralrat an.

Beschleunigung der Friedensverhandlungen

Separatverhandlungen mit den Mittelmächten.

Haag, 23. Februar. (Meldung des Holländisch
Nieuwsbureau.) Aus Washington wird gemeldet: Die „United Press“ erfährt aus
Paris: Da der Waffenstillstand automatisch fortbauert und man
sich mit neuen Bestimmungen über die Verlängerung des bestohen-
den Abkommens nicht zu bekümmern braucht, kann die Konferenz
sich jetzt vollständig den Fragen der Grenzfestsetzung, Entschädi-
gung und den militärischen und wirtschaftlichen
Problemen widmen. Die definitive Lösung dieser Frage kann
also den Deutschen gleichzeitig mit dem Präliminar-
friedensvertrag statt erst nach dessen Abschluß vorgelegt
werden. Es besteht noch immer der Plan, den Frieden mit Deutsch-
land, Österreich-Ungarn und der Türkei separat zu behandeln,
damit auch in großen Angelegenheiten schnell vorgegangen werden
kann.

Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrrevier.

Bildung von Zehenschutzwachen.

Bochum, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des
„Vorwärts“.) Der Generalstreik ist jetzt völlig geschei-
tert. Auf allen Zechen, mit Ausnahme im Revier Bottrop,
Mülheim und Duisburg, ist die Arbeit heute
wieder aufgenommen worden. Die Zechen haben
zum Schutze gegen spartakistische Übergriffe überall Zeh-
enschutzwachen gebildet. Die Arbeiter- und Sol-
datenräte sind von den unruhigeren Elementen ge-
säubert worden. Die Unabhängigen sind aufgefordert
worden, 1. die jetzige Regierung anzuerkennen und 2. von
den Spartakisten abzurücken. Wo sie diesen Forderungen nicht
nachgekommen sind, sind sie aus dem Sicherheitsdienst ent-
fernt worden. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß
im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wieder Ruhe
eintritt. Die Kohlenverladung ist insofern nicht be-
sonders beeinträchtigt worden, da noch große
Lagerbestände vorhanden waren.

Befetzung von Sterkrade.

Sterkrade, 24. Februar. Nach einer Meldung der
„Sterkrader Volkszeitung“ gelang es heute morgen den Regierungstruppen, die
hiesigen Spartakisten durch Mienen Handreich zu überrum-
peln. Dabei wurde ein Spartakist getötet, einer verwundet. Der
Hauptführer Thiele wurde ebenfalls festgenommen und dabei
von der Volksmenge übel zugerichtet. Zahlreiche Gewehre
und Munition wurden erbeutet.

Die Mannheimer Unruhen.

Schwere Ausschreitungen. - Kampf um die Volks-
stimmung. - Die Räterepublik rückgängig gemacht.

Mannheim, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des
„Vorwärts“.) Die Unruhen, die hier im Anschluß an eine
Kauonerdemonstration der Unabhängigen und Spartakisten für
Eisner am Sonnabend einsetzten, nahmen folgende Entwicklung:
Zunächst kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Ge-
fängnisse wurden gestürmt und zahlreiche Verbrecher freigelassen.
Das Gerichtsgefängnis am Schloß wurde ebenfalls gestürmt und
die Akten verbrannt. Alle im Gefängnis befindlichen etwa
350 Gefangenen wurden befreit. Plünderungen, Raub und
Brandstiftung wurden verübt. Um 9 Uhr abends brannte
das alte Gefängnis ab. Spartakisten und Unabhängige
haben alle öffentlichen Gebäude besetzt.

Infolge der Vorgänge fanden am Sonntagvormittag Ver-
handlungen zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unab-
hängigen statt. Die Spartakisten haben in der Nacht zum Sonntag
das „Volksstimmium“-Gebäude besetzt, wurden aber am Sonntag-
mittag von den Mehrheitssozialisten durch über-
raschenden Angriff wieder daraus vertrieben. Um
3 Uhr nachmittags machten die Sozialisten einen abermaligen
Angriff auf das Gebäude wurden aber abgeschlagen. Der
Angriff kostete 1 Toten und 3 Schwerverletzte.

Heute vormittag fanden Verhandlungen zwischen Un-
abhängigen und Mehrheitssozialisten statt, die dazu
führten, daß die bürgerlichen Zeitungen freigegeben wurden.
Sie können seit heute wieder erscheinen. Die Ausrufung der Räte-
republik, die am Sonnabend stattfand, wurde rückgängig gemacht.
Neuer Mannheim ist der Belagerungszustand vorhängt. Es
soll ein neuer Arbeiterrat gegründet werden, in dem fünf
Mehrheitssozialisten, drei Unabhängige und ein Spartakist verireten
sind. Augenblicklich herrscht vollkommene Ruhe und Ord-
nung in der Stadt, auch der Verkehr wickelt sich in gewöhnlicher
Weise ab.

Der Neu-Aufbau unserer Wehr-
macht.

Von Richard Götze.

Ich würde mich am meisten freuen, wenn die in Bern
gefaßten Beschlüsse auf allgemeine, vollständige Abrüstung
beim Friedensvertrage zur Durchführung gelangen würden.
Nur ein auf Berechtigt und Abrüstung, auf tatsächliche
Freiheit der Meere gegründeter Völkerverbund hat Aussicht auf
Wirksamkeit und Dauer. Jeder andere würde nur eine
Zwangsanstalt gegen Deutschland bedeuten.

Käme eine Abrüstung zustande, dann bräuchten wir nur
eine Polizeimacht, nennen wir sie Volkswehr, zur Bef-
ähigung der obersten Reichsgewalt, wie es in Frankreich die
Gendarmerie und die republikanische Garde ist. Sie bestände
neben der Gemeindepolizei und würde für gewöhnlich über
die großen Städte des Reiches verteilt werden. Natürlich
würde sie auf freiwilliger Dienstverpflichtung beruhen.

Vorläufig aber scheint es nicht, als ob uns der Friedens-
vertrag einen so hochwillkommenen Fortschritt bringen sollte.
Die Franzosen scheinen unter allen Umständen ein starkes
Landheer beibehalten, die Engländer ihre Flotte keineswegs
vermindern zu wollen, und Wilson hat solchen Auftrag ge-
geben, vom Kongreß zehn neue Großkampfschiffe zu fordern.
Er muß doch wohl übersehen können, wie die Aussichten auf
allgemeine Abrüstung stehen.

Ist es so schlimm um die nächste Gegenwart bestellt,
dann müssen auch wir Deutschen an den Neuaufbau
unserer Wehrmacht denken, soweit der Friedensver-
trag uns darin keine Beschränkungen auferlegen wird.
Daher wir das augenblicklich noch in der Bildung begriffene Frei-
willigenheer nicht dauernd werden beibehalten können, be-
darf keines Beweises. Es ist außerordentlich teuer. Deutsch-
land aber ist ein armes Land und wird täglich ärmer. Wir
werden außerdem im Wege der Freiwilligkeit nie die gesamte
Volkskraft auch nur annähernd für die Verteidigung unseres
Vodens und unserer Freiheit nutzbar machen können. Sie
aber erst im Bedarfsfalle zu organisieren, ist in unserer Lage
selbstredend ausgeschlossen. Das konnten sich die Vereinigten
Staaten leisten, deren Grenzen vor unmittelbarem Angriff
geschützt waren, und denen Franzosen und Engländer die
Zeit verschafften, ein Heer auszubilden und doch noch recht-
zeitig zum Entscheidungskampf in Europa zu erscheinen.

Wir können aber auch kein Heerwesen brauchen, wie es
bis zum Ausbruche des Weltkrieges bestand, halb Berufs-
heer, halb Volksheer, ein Zwitterding. Mit seiner im Jahre
1913 erreichten Höchststärke von 800 000 Mann im Frieden,
dazu viele hunderttausende von Mannschaften des Beurlaub-
tenstandes zu längeren oder kürzeren Übungen eingezogen,
würde es immer noch viel zu kostspielig sein. Und selbst
dieses Heer hat nicht die Gesamtheit der dienstfähigen Ju-
gend in seinen Schoß aufnehmen können. Es war eine der
Beschränkungen und politischen Rückständigkeit des ge-
stürzten Regierungssystems, daß es sich nicht zu einer Ver-
kürzung der Dienstzeit hatte entschließen können.
Amerikaner und Engländer haben bewiesen, daß man unter
weniger günstigen Verhältnissen als bei uns vorliegen, in
einem Jahre kampfesfähige Truppen ausbilden kann. Wir
konnten, bei geringerer Ausgabe, stärker in den Weltkrieg
eintreten, wenn wir dem Gedanken eines wahren Volksheeres
größere Bugeländnisse gemacht hätten.

Gegenwärtig nun verlangen nicht nur die finanziellen
Verhältnisse, sondern auch wirtschaftliche Rücksich-
ten und die ganze demokratische Struktur unseres Staates,
daß wir die Dienstverpflichtung des einzelnen aufs äußerste
zulässige Maß beschränken und ihn überhaupt nicht mehr
zum Soldaten im früheren Sinne ansbilden, der durch eine
Kluft vom übrigen Volke getrennt ist, sondern zum bewaff-
neten Bürger, der imstande ist, sein Vaterland zu verteidigen.
Das Heer als solches wird überhaupt nur zum Kriege auf-
geboten werden dürfen, oder wenn die Reichsregierung Teile
von ihm zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Anspruch
nehmen muß.

Damit kämen wir also zum System des reinen
Milizheeres, aber eines auf das gründlichste und festeste
durchgebildeten und organisierten. Dazu gehört, daß die
eigentliche Ausbildung nicht im Rahmen eines stehenden
Heeres, sondern in den Schulen erfolgt, zunächst innerhalb
der allgemeinen Schulzeit, sodann durch besondere Rekruten-
schulen.

Die Ausbildung während der Schulzeit bis einschließlich

des 16. Lebensjahres wird sich auf besondere Pflege der körperlichen Ausbildung beschränken. Auf diesem Gebiete muß mehr als bisher gesehen, ihm muß eine größere Zeit gewidmet werden.

Die zweite Stufe erscheint vom vollendeten fünfzehnten bis zum Beginn des zwanzigsten Lebensjahres. Der Unterricht wird hier am besten dem der Fortbildungsschulen angegliedert; auf den höheren Schulen findet er vom Eintritt in die Sekunda ab statt. Mindestens ein Nachmittag in der Woche und zwei Sonntage im Monat müssen ihm gewidmet sein. Zu den Turnübungen, die namentlich die militärischen Gesichtspunkte mehr hervorheben lassen, treten besonders Marschübungen. Ihre Dauer ist allmählich auszuweiten, auch kann leichtes Gepäck angelegt werden; sie sind — was besonders für die städtische Jugend wichtig ist — mit Unterweisung über die Bodenformen und Bodenbedeutung sowie mit Aufführungsbildungen zu verbinden. Außerdem aber sollte in dieser Zeitperiode bereits der Gebrauch des Gewehrs gelehrt und Schießübungen abgehalten werden. Man wird es hier wohl zunächst bei der Freiwilligkeit bewenden lassen müssen, die man aber durch Unterweisungen und Prämien, sowie durch Begünstigungen während der späteren Zeit anspornen sollte. Besondere Schießvereine sind möglichst zahlreich einzurichten.

Die dritte Stufe endlich bilden die eigentlichen Rekrutenschulen. Der Unterricht wird auf ihnen durch Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere erteilt, jedoch mit Heranziehung von Militäroffizieren, aus denen sich mit wenigen Ausnahmen das gesamte Offizierskorps des Heeres zusammensetzt. Es handelt sich also um Bürgeroffiziere. Ueber ihre Ausbildung wird ein späterer Aufsatz handeln. Mit dem Jahre, in dem er das zwanzigste Lebensjahr vollendet, tritt jeder dienstfähige junge Mann in eine Rekrutenschule ein, die nicht Dienstfähigen werden in anderer Weise für den Staat nutzbar gemacht.

Die Rekrutenschule ist kein Bestandteil des Militärheeres; der junge Mann, der in sie aufgenommen ist, gehört ihm noch nicht an. Sie bildet eine Organisation für sich und ist eine Vorbereitungsanstalt für das Heer.

Wir werden nun zu unterrichten haben, wie lange die Ausbildungsdauer in ihr dauern soll. Zunächst genügt es, den Grundgedanken zu wiederholen, daß der junge Mann nicht länger als unbedingt erforderlich, dem wirtschaftlichen Leben entzogen werden soll. Gebäude für Rekrutenschulen werden uns in den bisherigen Kasernen in reichem Maße zur Verfügung stehen.

Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

Von Basel wird uns geschrieben:

Die Arbeitslosigkeit in den großen schweizerischen industriellen Gebieten nimmt von Tag zu Tag in ganz unheimlicher Weise zu. Nur noch wenige Tage, so muß die gesamte schweizerische Seidenindustrie, die insgesamt etwa 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die Betriebe einstellen aus Mangel an Rohseide, deren Zulassung von der Entente förmlich verweigert wird, aber einzuhalten ist noch nichts. Die Eisen- und Metallindustrie, die mit neuen und alten Aufträgen geradezu überhäuft wäre, liegt über die mangelnde Eisen- und Kohlenzufuhr. Die Entente hatte versprochen, die Schweiz aus dem Saarrevier ausgiebig mit Kohlen zu versehen, aber die Eingänge an Kohlen aus dem Saarrevier sind kaum nennenswert. Wenn die Kohlenreserven aufgebraucht sind, was in einigen Wochen schon der Fall ist, werden auch die Metallindustriellen ihre Werkstätten und Fabriken schließen müssen, wodurch etwa 80 000 bis 100 000 Arbeiter und Angestellte vertriebslos würden. In einzelnen Gemeinden werden jetzt schon fast unter der Last der Arbeitslosenfürsorge erbrückt.

Die Aufstellung des Landbesitzes in Ungarn.

Budapest, 2. Februar. Oesterreich hat in Gödöllő und Ketzpes im Sinne des Volksgesetzes über die Besitzreform die Bodenberechtigung in den ehemaligen Kronländern begonnen. Bauern und gewisse Frontsoldaten erhalten je 3 Joch Ackerboden zugewiesen.

Front-Frieden.

Von Kurt Juliusburger.

Es gibt in der deutschen Sprache nicht noch einmal zwei Begriffe, die sich demart gegenüberstehen, sich geradezu ins Gesicht schlagen wie die beiden Worte Front und Frieden.

Und dennoch, Kameraden, will ich Euch daran erinnern, daß Ihr selbst von diesem Front-Frieden gekostet habt. — Nur gemacht, meine lieben Freunde — ich verstehe, daß Ihr jetzt protestieren wollt; aber laßt mich zur Sache kommen.

Nichts liegt mir fern, als auch nur mit einem Worte die Erbitterung, die dieser wahnsinnige, entsetzliche Krieg in den Gemütern der gesamten kultivierten Welt und besonders bei den Soldaten hinterlassen hat, bewußt zu machen.

Rein — es ist unsere blutige Pflicht, in die Seelen unserer Kinder und Hinterbliebenen den tiefsten Abscheu gegen solchen Ausbruch künstlicher Völkereidenschaft einzupflanzen. Nie mehr darf es geschehen, daß einem Kinde in der Schule Begriffe vom „Erbfeind“ und vom „feindlich-schleichen“ Feind wie todbringendes Gift eingeimpft werden.

Und dennoch Front-Frieden?

Ich weiß wohl, daß der Frontsoldat im Banne der um ihn her kreisenden Gasmassen überhaupt keine Empfindungen haben kann, als den natürlichen Selbstschutzbetrieb, der ihn aus dem Schiffsgraben hinter irgend einen Erdhügel aus einem Granatloch in das andere jagt.

Aber es gab ja auch Tage, wo man einige Kilometer hinter der Front lag, zur Ruhe, in jederde und Bereitschaft.

Ich denke da an eines der Hunderte einsamer von den Verwundeten verlassener Dörferchen. Wo sonst das friedliche Landleben seinen gewöhnlichen Lauf nahm, will sich jetzt eine Kompanie Soldaten in die noch nicht zerstörtem Gebäude. Zwei oder drei Mann in jedem Häuschen.

Wenn es der Gegner gnädig macht und am Abend den Ort mit seinen Granaten verschont, setzen sie sich mit quiescendem Pfeife in den Gärten unter dem großen Birnbaum, freuen sich, daß sie heute noch leben, denken an die ehemaligen Besitzer, die nun heimlich in der Welt umherirren und — denken an die Heimat. Oder ein anderes Bild.

Im Graben. — Feuerpause. —

Reich geht es in den Chören von dem veräußerten Aachen der letzten Minen. — Nun aber ist Ruhe, Ruhe. Nicht ein Gewehrschuss. Ruhe. —

Ach, es ist ja eigentlich Frühling! Die erste warme Sonne! Endlich fendet sie ihre belebenden Strahlen auch zu uns hinunter zu den Lebenden. Wir sind sehr, sehr glücklich.

Da erhebt sich diese am Abendstern ein kleines Ausrufen in

Italien mobilisiert gegen Jugoslawien.

Die Tragödie von Istrien soll erst beginnen. Die Italiener behaupten, daß dort die italienische Nation natürliche Ansprüche habe und die Jugoslawen behaupten das gleiche. Das Volk selbst wird darum überhaupt nicht befragt. Der Kampf um das Volk erfolgt über seinen Kopf hinweg. Die ungeliebten Zeiten wohnsinniger Ländererger sind eben noch nicht vorbei. Italien beginnt nun sich militärisch zum Kampfe um Istrien zu rüsten. Wie aus Rom berichtet wird, erließ Italien einen Mobilisierungsbefehl für einige ältere Jahrgänge. In den Ententezonen in Plume herrscht wegen dieser Verfügung große Erbitterung, weil Italien damit offen bekundet, daß es seine imperialistischen Ziele gegen die Jugoslawen mit bewaffneter Hand durchsetzen will.

Das nennt man dann „Selbstbestimmungsrecht der Völker“...

Kommunistenputsch in Budapest.

(Mitteilung des belandisch Neudruckbüros.) Aus Budapest wird vom 21. 2. gemeldet: Das ruheständige Teilchen der Budapest Kommunisten, die die Bevölkerung seit Wochen in Aufregung halten, erreichte gestern Abend ihren Höhepunkt. Von den Kommunistenführern ausgehend, unternahm mehrere hundert bewaffnete, zum Teil kriegswaffen Arbeiter, einen nächtlichen Angriff gegen das Organ der gemäßigten Sozialisten Kapazewer, wollten sich das Redaktionsgebäude bemächtigen und das Blatt in Besitz nehmen. Die ausgediente Polizei und die Volkswehr verweigerten ihnen den Weg, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam. Die Kommunisten schossen von den Dächern der Häuser auf die Polizisten und warfen Handgranaten. Bei dem Zusammenstoß fielen vier Polizisten und drei Zivilpassanten zum Opfer. Über 50 Personen wurden verwundet. Der Ministerrat beschloß, dem Treiben der Kommunisten ein Ende zu bereiten und beauftragte den Oberstaatsanwalt Dieb, die energigsten Maßnahmen gegen die Kommunistenführer zu ergreifen. In der Redaktion des kommunistischen Blattes wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen und Manuskripte beschlagnahmt. Im Schutzhause nahmen die Polizisten an dem kommunistischen Anführer Kunfi Nade wegen Fälschung der vier Polizisten beim nächtlichen Zusammenstoß. Sie setzten beim inspizierenden Polizeibeamten durch, daß Kunfi vorgeführt wurde, worauf die Polizisten unter Schutzhäusern mit Gewehrlosigkeiten auf ihn losgingen, bis er bewußtlos blutüberströmt zusammenbrach. Der Stadtschultheißmann Egenkrabi beschloß die Polizisten, den Kunfi zu lassen, da er doch der Strafe der Gerechtigkeit übergeben werde. Die aufgeregten Polizisten ließen sich jedoch nicht zurückhalten und schlugen weiter auf Kunfi los, der augenblicklich schwer krank darniederlag. Kunfi hat, als er das Bewußtsein wieder erlangte, die Polizeibeamten, man möge ihn am Leben lassen, er werde nie mehr an einer kommunistischen Agitation teilnehmen.

Der mißlungene Hanauer Putsch.

Schnellbacher verhaftet. — Großer Waffensfund.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Hanau: Durch Angaben von Verhafteten hat man ermittelt, daß die Regierungstruppen im Brandstädter Wald überfallen werden sollten. Man wollte hierzu Spätrittern aus den umliegenden Orten und aus Frankfurt heranziehen. Schnellbacher, den man als den geistigen Urheber des Ueberfallsplanes bezeichnet, flüchtete, wurde aber in Dörnighausen verhaftet. Von ihm wurde auch vier Maschinengewehre, die für den Ueberfall verwendet werden sollten, in einem Keller. Es wurde überhaupt eine große Menge von Waffen und Munition durch Hausdurchsuchungen guttogen gefördert, unter anderem bei einer Frau 25 Patronen, die zu Dumdum-Geschossen umgearbeitet worden waren. In einer Privatwohnung fand man eine ganze Kiste mit Handgranaten. Auch von geschändeten Lebensmitteln sind große Mengen wieder herbeigeschafft worden. Bisher sind 60 Verhaftungen, namentlich von Plünderern, Männern und Frauen, vorgenommen worden.

Die erste Proklamierung der sozialdemokratischen Abgeordneten zur preussischen Reichstagsversammlung findet am 2. März 1919, vermittags 10 Uhr, im Abgeordnetenhaus, Saal 8, statt.

die Luft. Einige Mägdchen schlagen übermütig auf und nieder und aus einer winzigen Kehle entströmt ein juchzendes Lied der Freude, Zufriedenheit und Lebenslust. — Die erste Verbeil.

In dem harten Kriegesberg quillt es warm auf und ein soldatlicher Modestiel wächelt über die Augen — Frontfrieden. — Wie war es doch möglich, daß wir Frieden empfinden konnten; trotz Blut und Tod — Frieden?

Wie hatten eine Kugelhölle? Wenn auch dieses anders war, als man es uns sagte, im tiefen Grunde unseres Herzens fühlten wir uns als Schützer der Heimat, von Frau und Kind. Wir hatten eine Aufgabe für die Allgemeinheit zu erfüllen, wir durften als ein Glied des großen Ganzen wirken. Darum war ein solch tiefes seelisches Friedensgefühl in uns.

Kameraden, Ritterschön, fühlte Ihr diesen inneren Frieden auch heute? —

Aus Sonntagskonzerten.

Schönen Vergnügungsmöglichkeiten, die nicht reicht, als flüchtigen Freuden nachzugehen! Doch und handelt es sich um eine ganze Städterschicht, es wäre schlimm bestellt. Aber ein Bild in die Theater und Konzertsäle kann allen chaotischen Zuständen zum Trost immer noch einen Teil des Glaubens an den Sieg des Guten und Bösen retten. Dorer, die es nach Aufklärung, nach Erquickung vom satanischen Lueder der Kunst verlangt, sind viel und werden immer mehr. Was man auch gegen mittelgütige Veranstaltungen irgendwie künstlerischer Art Artifizielles geltend zu machen fände: Sie um Sie von anständigen Zuschauern erfüllte Räume scheinen jegliche Zweifel zu beseitigen.

Das gestrige fünfte Mittags-Konzert im Schiller-Theater zu Charlottenburg zeigte ein didagebrängt besetztes Haus. Dieser langjährigen Einrichtung hohes Verdienst um wahrhaftige Musikpflege ist offenbar. Jetzt hat Verbands Dessau die Leitung der Kammerkonzerte. Mit seinen Streichern bot er in sein künstlerischer Weise ein Verheißungsvolles Trio in G-Moll für Klavier, Violine, Violoncell sowie ein Quartett für Streichinstrumente von Haydn. Das Ritterschön bildeten Lieder von Mozart und Schubert. Herida Stolzenberg, das geschätzte Mitglied des Deutschen Opernhouses, sang ihnen mit Mund ihre schwebend georgile Reiztheit ab und erzielte einmütigen Erfolg.

Auch die abendlichen Sonntag-Sinfonie-Konzerte des Wälder-Orchesters zählten zu den schönsten Einrichtungen. Sie sind fast fast beständig und bieten meist gedultvolle, abwechslungsreiche Programmen (klassische, romantische und modernste Musik durcheinander), bei deren Aufführung außer dem Orchester verschiedene Einzelnisten, sowie Instrumental- und Gesangsleistungen beteiligt zu sein pflegen. Edward Moerike, der erste Kapellmeister am Deutschen Opernhaus, erweist sich auch im Konzertsaal als ebenso kenntnisreicher Musiker wie gewiegener Orchesterleiter, dem jedes Kunstgötter und jeder Stil vertraut ist. Die erste Vortragsfolge verzeichnete Verheißungsvolles Sinfonie No. 1 C-Dur und Beethovens Freischütz-Ouvertüre, die, in den Ein-

Der Gerichtsherr.

Ein Beitrag zum Fall Liebknecht-Zugung.

Ein Militär Richter schreibt uns:

Die auf das tote Weis geratene Untersuchung zu den Marbfällen Liebknecht-Zugung hat die Augen der breiten Öffentlichkeit mal wieder auf eine wunde Stelle in unserem Justizwesen, nämlich die dem militärgerichtlichen Sonderverfahren anhaftenden Mängel, gelenkt. Es ist sogar der Ruf laut geworden: Fort mit der Militärgerichtsbarkeit! Ich möchte in diesen Ruf nicht einstimmen, da die Art des militärischen Dienstes eine Eigenart des Verfahrens — zu erinnern wäre nur an das Verfahren im Felde — erfordert. Aber um so deutlicher und vernehmbarer ist immer und immer wieder die Forderung zu erleben: Fort mit den Mängeln dieses Verfahrens! Und der Hauptmangel ist — das beweist der Fall Liebknecht-Zugung — das vorinstanzliche Institut des „Gerichtsherrn“. Wer ist dieser Gerichtsherr? Ein General, nämlich der Divisionskommandeur. Und was hat er zu bedeuten? Er ist der Leiter, der Träger, das A und O des ganzen militärgerichtlichen Verfahrens; er ist derjenige, der das Verfahren nach seinem Ermessen einleitet oder unterbricht, der den Kriegsgerichtsrat in seinen Handlungen treiben und bremsen kann. Raum ein einziger Paragraph ist in der ganzen Militärstrafgerichtsordnung, der nicht den „Gerichtsherrn“ mit Rechten gegenüber dem ihm beigegebenen Kriegsgerichtsrat ausstattet. Zwar ist der Kriegsgerichtsrat, der Jurist, der einzige Kenner des Untersuchungsmaierials; das verleiht aber nichts, daß er in dem ganzen Verfahren so gut wie nichts zu sagen hat. Der „Gerichtsherr“, also der General, entscheidet, ob er das Ermittlungsverfahren anordnen will oder ob er die Untersuchung von vornherein ablehnen oder auf bestimmte Taten oder Täter beschränken will. Der „Gerichtsherr“, also der General, entscheidet, ob der Beschuldigte in Untersuchungshaft zu nehmen ist; der Kriegsgerichtsrat darf, wie der § 175 der Militärstrafgerichtsordnung ausdrücklich bestimmt, nicht einmal den Haftbefehl mit unterzeichnen — und dabei ist doch der Jurist der einzige, der das Belastungsmaterial überführt, der Schuld oder Nichtschuld beurteilen kann. Der Gerichtsherr verfügt die Anklage.

Wer es kommt noch besser; der Gerichtsherr entscheidet nach freiem Ermessen, ob ein Rechtsmittel eingelegt werden soll oder ob es bei dem freisprechenden Urteile sein Bewenden haben soll. Davon kann mancher Militärjurist erzählen, wie es mit der Handhabung dieses Rechtsmittels sieht — wie so gang anders die Entscheidung des Gerichtsherrn fällt, wenn es sich um einen freigesprochenen Soldaten oder einen freigesprochenen Kameraden des Generals, um einen Offizier, handelt. Im ersten Falle muß meistens Vermutung eingelegt werden, ja sogar, wenn der Soldat verurteilt ist, oft noch zur Erreichung einer härteren Strafe. Im letzteren Falle findet der Gerichtsherr Tausende von Bedenken, die ihn trotz gegenteiligen Vortrages seines juristischen Beraters veranlassen, von der Einlegung der Berufung gegen den Offizier abzusehen. Der Gerichtsherr will das Recht nicht beugen; er kann nach seinen Ansichten von Kameradschaft nicht anders. Die Kriegsgerichtsräte aber haben nach § 97 der Militärstrafgerichtsordnung den „Beisungen“ des „Gerichtsherrn“, also des juristisch nicht geschulten, über den Fall nicht unterrichteten Generals, Folge zu leisten. Eine Weigerung oder schon die Neuherung von Bedenken könnte für den armen Kriegsgerichtsrat, der als „hoher“ Militärbeamter (mit 3000 M. Gehalt) hinter dem Offizier überhaupt und wieviel mehr noch hinter dem Divisionsgeneral, einem so hohen Offizier (mit geringem Gehalt), zurückbleibt, bei der Qualifikation, dem Gehaltszulassung, Verheirathungswünschen usw. die übelsten Folgen haben. Man frage die im Kriege gereiften Militärjuristen, was sie von dem Institut des Gerichtsherrn denken; die größere Mehrzahl wird ohne Zaudern antworten: Fort mit dem Gerichtsherrn aus der unparteiischen Rechtspflege!

Bayern hatte ihn auch in der Verordnung über die vorläufige Regelung der Militärgerichtsbarkeit vom 21. November 1918, § 10, beibehalten mit den einzig zutreffenden Worten: „Die gerichtsherrlichen Befugnisse kommen in Wegfall“ und hatte ihn durch eine unparteiische „Beschlußkommission“, bestehend aus einem richterlichen Militärjustizbeamten und zwei Laienrichtern, einem Offizier und einem Angehörigen des Pannschichtstandes, ähnlich der beschließenden Strafkammer der bürgerlichen Gerichte, sehr glücklich ersetzt. In

gangstalten sehr langsam, beinahe allzu zögernd genommen, dann bis zum Schluss hütlich gesteigert, von wächtiger, auch nicht durch weniger delikate Einfüge der Waldhörner beeinträchtigt Wirkung war. Strauchens „Tod und Verklärung“, im zweiten Teil, wurden mit respektabler Könnenhaft bewältigt.

Als Klavieristin ließ sich Luise G. Meiner mit Liszt's Dante-Sonate hören. Anschlag, Spieltechnik, Vortrag bezwogen ernstes Streben nach hohen Zielen.

Notizen.

Der Zeidner Gustav Brandt, der seit 1880 am Kladderadatsch gearbeitet hat, ist in Berlin gestorben. Er war ein politischer Karikaturist ersten Ranges. Die Porträtkarikatur war seine oberste Kraft. Seine Bilder waren intensiv bewegt, durch tendenziös, bestimmten, fernig eleganten Strich zum Leben gebracht. Unmittelbar aus der Wirklichkeit schienen seine Spottbildnisse aufzuspringen.

Musik. Ein Beethoven-Wagner-Strauß-Konzert mit dem Wälder-Orchester, Dirigent Paul Schilling, Solist Heinrich Schluksch, findet Sonnabend, den 1. März, im Wäldertheater statt. Zur Aufführung gelangt Don Juan, spanische Dichtung von Strauss, Szenen aus dem 3. Akt der Meisterlänger und Verheißung S. Sinfonie. — Am Dom veranstaltet Ballett Theater am kommenden Donnerstag, 6 Uhr, ein Orgel-Konzert, bei welchem Frau Frieda Steuert-Wichels (Sopran), Frauella Gretha Jahn (Alt) und Herr Heinz Meyer (Tello) mitwirken. Der Eintritt ist frei gegen Entnahme eines Programms.

Ein Volkshaus in Leipzig. In Leipzig hat sich soeben eine Aftungsgeellschaft „Haus für Volkshaus“ mit einem Grundkapital von einer Million Mark gebildet, die einen großen Neubau errichten will, in dem eine Anzahl der künstlerischen Volkshaus dienenden Unternehmen zweckdienlich vereinigt werden sollen. Zunächst soll ein Theater mit 1800 Plätzen gebaut werden, das dem im Dezember vorigen Jahres gegründeten Verein Leipzig Volkshaus für erzieherische billige Vorstellungen zur Verfügung gestellt wird. Daneben wird eine große, zweckdienliche Ausstellungshalle für bildende Kunst errichtet, die mit dem Theater durch Wandgänge in Verbindung steht und jedem Theaterbesucher freien Eintritt in die Kunstausstellungen gewährt. Schließlich soll im Vorderbau ein Volkshauskademie nach dem Muster der Berliner Humboldt-Akademie untergebracht werden.

Gauladers Sozialistengesetz-Drama, betitelt „Das Reich“, soll demnächst vor den Mitgliedern der Nationalversammlung aufgeführt werden. In Magdeburg erlebte das Stück unlängst die Uraufführung. Die Schauspieler des Magdeburger Stadt-Theaters wollen es nunmehr in Weimar geben. Ueber 40 Bühnen nahmen es bisher an.

Neus Fliegerkennzeichen. „Matin“ meldet: Das Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Kaban, hat eine Erfindung gemacht, die es Flugzeugen ermöglicht, mit bisher unbekannter Geschwindigkeit in bis heute unmöglichen Höhen zu fliegen. Dadurch konnte die Reise von Paris nach Algier in 5 und nach Sizilien in 11 Stunden zurückgelegt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifabschluss im Schwerfuhrwerksgewerbe Groß-Berlin

Der Transportarbeiterverband hat mit der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung Groß-Berliner Expeditionen- und Fuhrbetriebe der Fuhrerrennung und dem Deutschen Arbeitgeberverband für die Handels-, Transport- und Verkehrsbetriebe für die Fuhrer und Arbeiter dieser Betriebe mit Wirkung vom 1. Februar einen Lohnvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag bringt den beteiligten Arbeitnehmern eine wesentliche Aufbesserung der Löhne. Die bisherigen Wochenlöhne für Fuhrer betragen im allgemeinen 65 bis 70 M. Nur in einzelnen Betrieben wurden etwas höhere Löhne bis 80 M. gezahlt. Nach dem Tariflohn erhalten nunmehr die Schwerfuhrerwirtschafter pro Woche 60 M. Grundlohn und einen Teuerungszuschlag von 26 M. Diejenigen Fuhrer, welche über ein Jahr in den Betrieben tätig sind, erhalten neben dem Grundlohn von 60 M. einen Teuerungszuschlag von 30 M., zusammen also 90 M. pro Woche. In Betrieben mit gemischtem Fuhrwerk, Sprengwagen, Pflanzmaschinen und sonstigen leichten Gespannen erhalten die Fuhrer einen wesentlichen Grundlohn von 50 M. nebst einer Teuerungszulage von 20 M., also zusammen 70 M. pro Woche. Diejenigen Fuhrer, welche über ein Jahr tätig sind, erhalten neben dem Grundlohn von 50 M. einen Teuerungszuschlag von 2 M., zusammen also 52 M. pro Woche.

Jugendliche Fuhrer im Alter von 16 bis 18 Jahren, welche Lehrlings- oder Lehrlingslohn erhalten, erhalten einen Grundlohn von 42 M. nebst Teuerungszulage von 8 M. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden innerhalb 10 Stunden. Beginn der Arbeit morgens 7 bzw. 8 Uhr, Beendigung nachmittags 5 bzw. 6 Uhr. Überstunden vor Beginn und nach Beendigung der Arbeitszeit werden je mit 2 M. bezahlt. Bringende Fuhrer, welche Sonntags vormittags zu leisten sind, werden pro Stunde mit 100 Proz. Aufschlag zum regulären Lohn vergütet. Stallwachen und Pferdeführer an Sonn- und Feiertagen nachmittags werden pro Stunde mit 2 M. bezahlt. Jeden zweiten Sonntag haben die Fuhrer völlig dienstfrei.

Außerdem ist in dem Vertrage für die Arbeitnehmer auch Sommerurlaub, je nach der Dauer ihrer Beschäftigung von 4 bis zu 10 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes vorgesehen. Ferner ist im Vertrage die Auslegung des § 616 U.R.G. bezüglich der verhältnismäßig kurzen Zeit der unerschuldeten Arbeitsverhinderung geregelt. Ferner wird der Lohn weiter geregelt. Nach einer Beschäftigungsdauer von einem halben Jahre für 3 Tage, nach einem Jahre 1 Woche, nach 3 Jahren 2 Wochen und nach 4 Jahren 3 Wochen. Außerdem steht der Vertrag noch Bestimmungen vor in bezug auf familiäre Einrichtungen, Arbeiterauskünfte usw.

Der Geltungsbereich des Vertrages ist Groß-Berlin. Der Vertrag soll von beiden Parteien durch Antrag beim Reichsarbeitsamt ins Tarifregister zur Eintragung gelangen.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Anwaltsangeestellten wurde in einer vom Verband der Bureauangestellten einberufenen Versammlung beraten. Der Vorsitzende erhaltete Bericht über die Schritte der Verhandlung zur Herbeiführung besserer Arbeitsbedingungen. Aus der Mitte der Versammlung kamen lebhafteste, auch leider nur zu berechtigten Klagen über die ganz ungemein geringe Bezahlung der Anwaltsangeestellten zum Ausdruck. Die in der vorhergehenden Versammlung dieser Angeestellten gefassten Beschlüsse, die festgesetzten Mindestlöhne dem Berliner Anwaltsverein zu überreichen, sind auch zur Ausführung gekommen und eine Entscheidung des Schiedsgerichts soll nach Uebereinkunft beider Teile angetreten werden. Die Gehälter der Angeestellten sind noch sehr niedrig. Ein vorbereiteter Bureauvorarbeiter arbeitet noch für 250 bis 275 M. eine Eisenbahnin noch für 100 bis 120 M. Die Anwaltsangeestellten haben leider noch nicht erkannt, daß der einzelne Angeestellte zur Besserung seiner Lage gar nichts vermag. Unsere heutige wirtschaftliche Lage hat ihnen jedoch hoffentlich gezeigt, daß nur durch Zusammenschluß etwas erreicht werden kann. Die Verhandlungen mit dem Schlichtungsausschuß des Anwaltsvereins werden voraussichtlich nächste Woche stattfinden, so daß erst in einiger Zeit eine Klärung der Lage eintreten kann.

Groß-Berlin

Beseitigt die Altersbestimmungen!

Einer der auch das Unglück hat, zu früh geboren zu sein, schreibt uns: Auf dem Arbeitsmarkte Wasserbauern etc. wurden in der vorigen Woche von der K. G. G. Schloffer verlangt, die nicht über 30 und nicht unter 22 Jahre alt sein dürfen. Vor dem Kriege verlangte die Firma Leute bis zu 40 Jahren.

Es ist nur zu berechtigt, wenn sich der Arbeiterschaft Empörung bemächtigt über derartige Altersvorschriften. Die Firmen müssen ein derartiges Verhalten die alten Landsturmlaute empfinden, die vor dem Feinde nicht zu alt waren, um Leben und Gesundheit einzuflehen und jetzt, wo sie arbeiten wollen, derartig vor den Kopf gestoßen werden. Arbeit ist Arbeit! So ist es immer wieder. Und wer dann arbeiten will darf sich erst einem hohemotepelischen Verfahren unterziehen, ob er nicht zu alt ist, schließlich noch getragene Weine, vornehmlich Käse und eventuell auch noch die notwendige heute Bekleidung besitzt.

Im übrigen erklären diese Altersbestimmungen nicht nur bei Privatfirmen, sondern auch bei verschiedenen Behörden, wie aus den mehrfachen Klagen hervorgeht. Deshalb ergeht an die Unternehmer und Behörden die Aufforderung: Beseitigt die Altersbestimmungen! Für sie ist kein Weg mehr.

Spät kommt sie, doch sie kommt —

nämlich die Antwort auf ein Gesuch um Anstellung, daß ein Militäranwärter bei der Landesversicherungsanstalt Brandenburg eingewiesen hatte. Am 10. Februar 1919 wurde ihm geschrieben, daß nächstens Neueinberufungen für den Kriegsdienst erforderlich werden. Er solle mitteilen, ob er gegebenenfalls einer Einberufung unter den vorherbeschriebenen Bedingungen folgen würde. Im Oktober 1910 war er noch zwölfjährigem Militärdienst, wovon er neun Jahre bei der Schütztruppe abgeleistet hatte, ein Stillverordnungsdiener angeschlossen worden. Im Januar oder Februar 1911, vor jetzt acht Jahren, meldete er sich bei der Landesversicherungsanstalt und seitdem fand er in ihrer Verwalterei. Jetzt endlich blüht dem Realisten zwar noch keine Auslage tatsächlicher Einberufung, aber immerhin schon die Anfrage, ob er seine Bewerbung ausruhen erhält. Zu den Anstellungsbedingungen gehören 2 v. dreimonatiger Probezeit gegen monatlich 90 M., daran anschließend dreijährige Beschäftigung gegen monatlich 120 M., nebst üblichen Teuerungszulagen, bei vorwähliger Kündigung und ohne Anspruch auf lebenslängliche Anstellung. Inzwischen ist der Mann 40 Jahre alt geworden und hat sich in verächtlichen kleinsten bescheidenen Stellen umhergedrückt — und nun erhält er als Lohn für zwölf Jahre Militärdienst und acht Jahre Probezeit ein solches Angebot! Er fragt, wie alt man wohl werden soll, um jemals eine besser besoldete Stelle und in ihr das Höchstgehalt zu erlangen.

„Freiwillige“ Geldspenden der Schulkinder

werden in der Berliner 267. Gemeindefschule (Demeterstraße) eingesammelt. Sie sollen dazu verwendet werden, eine Spendenliste für die im Kriege gefallenen Lehrer der Schule anzufertigen. Wie die durch einen Krieg hinweggerafft wurden, verdienen nämlich, daß wir sie in ehrenden Andenken behalten. Es läßt sich auch verstehen, daß die Schule zu dem Zweck, ein solches Andenken der Gefallenen anzufertigen, und gewiß wird niemandes Kind sich gegen an der Kulturarbeit beteiligen. Wir müssen aber das Verfahren, die Kosten durch Geldspenden unter den Kindern aufzubringen, grundsätzlich verwerfen. Die „Freiwilligkeit“ der Beteiligung ist immer zweifelhaft, wenn

Lehrer unter Schulkindern oder Vorgesetzte unter Beamten usw. sammeln. Man soll Schulkinder oder ihre Eltern nicht in die Lage bringen, zu glauben, daß sie geben müssen, aber dieser Irrtum kann trotz allen Hinweisen auf die „Freiwilligkeit“ nur zu leicht entstehen. Mit Recht lobt der mit Mühseligkeiten nicht gesegnete Vater eines Kindes in einer Aufschrift an uns die in der 267. Gemeindefschule betriebene Geldsammlung und die wiederholten Ermahnungen des Rektors und der Lehrerin. Sogar erberührt es, daß die Lehrerin den Kindern aufgab, eine Seite voll zu schreiben mit dem immer wiederholten Satz: „Ich soll für die gefallenen Herren an unserer Schule Geld mitbringen“. So viel wir wissen, kommt auch die Schulpflicht unserm grundsätzlichen Widerspruch gegen solche Geldsammlungen bei. Vor Jahren wurden sie überhaupt für die Berliner Gemeindefschulen verboten, und wir glauben nicht, daß jenes Besoot aufgehoben worden ist.

Der Entlassungsangug.

Von verschiedenen aus dem Heeresdienst heimgekehrten Soldaten sind uns ausführliche Schilderungen und bittere Klagen darüber zugegangen, daß sie bei ihren Anträgen auf Vierung eines Entlassungsanguges den ärgsten Schereereien ausgesetzt sind. Sie werden von einer Stelle zur anderen geschickt, müssen sich am frühen Morgen mit Hunderten zusammen „anstellen“ und können nach stundenlangem Warten ununterrichteter Sache nach Hause gehen, um an einem anderen Tage wiederkommen und ähnliches zu erleben. Wir haben bereits vor etwa 14 Tagen auf diese Verhältnisse hingewiesen, aber es scheint nötig, nochmals darauf einzugehen. Einige der Aufschriften legen an, daß der Soldatentrat sich mal die Zeit nimmt, sich um diese für die Kameraden immerhin wichtigen Dinge zu kümmern und auf Änderung zu dringen. Wir verstehen in der Tat nicht, warum nicht wenigstens sollte verübt werden können, daß die Heeresentlassungen um ihren Entlassungsangug so viele unnötige Lauereien machen müssen. Mancher, der glücklicherweise schon Arbeit gefunden hat, verläßt einen halben Tag, erleidet einen sehr unangenehmen Lohnausfall und legt noch das Heubrot drauf. Und das kann ihm, wie schon gesagt, mehrere Male hintereinander blühen. Mitunter wird ein Antragsteller auf einen so späten Zeitpunkt vertröspelt, daß bis zur Lieferung seines Anguges der Sommer herankam. Wie wenn nicht gerade jetzt im Winter der Mangel an Kleidung am bittersten empfunden würde! Die Aufschriften lassen durchgängig den tiefen Verdruß erkennen, den diese Zustände bei den Heeresentlassungen erregen.

Vom „Mittergut des kleinen Mannes“.

Den Wert der Landkolonien hat erst der Krieg recht gezeigt. Bei den Ernährungsverhältnissen konnten sie manchen zur Linderung des Mangels beitragen. Was der Reich des Landkolonisten schafft, darüber berichtet diese Tage Herr Steinweg-Krutzfeld, der Geschäftsführer des Groß-Berliner Verbandes der Landkolonisten, der ebenfalls eines von den Landwirtschaftskammer veranlasseten Vortragsabenden des „Kleingartenbau im Dienste der Volksernährung“ behandelte. Eine für den Sommer 1918 vorgenommene Schätzung der Kartoffel-, Gemüse- und Obstträge aller Landparzellen Groß-Berlins ergibt, wenn man ihren Wert nur zu den billigen Preisen der Friedenszeit einsetzt, für über 9 Millionen Mark! Nahrungsmittel.

Auf einer gleichzeitigen Tagung des Vereins zur Förderung des Obst- und Gemüseertrags sprach Gartenbauinspektor Boesebeck über: „Die zukünftige Entwicklung der Kleingärten“. Er glaubt, daß noch auf längere Zeit hinaus Gemüseknappheit bestehen und der Kleingarten wird ausbleiben müssen. Den Kleingartenbewirtschaftern werde jetzt die Einführung des achtstündigen Arbeitstages die Möglichkeit geben, mehr Zeit auf ihre Parzelle zu verwenden. Jedner empfahl Gemeinamkeit des Einkaufs von Bedarfsartikeln für den Kleingarten, auch gemeinsames Gehen bei der Schädlingsbekämpfung, der Parzellenerosion, der Bewässerung usw. Den Kleingartenbewirtschaftern sei überhaupt ein rechter Zusammenstoß etwa aufgenossenschaftlicher Grundlage anzuraten. Man solle das „Mittergut des kleinen Mannes“ schützen und bei Domänenauflösungen sofort für Kleingärten sorgen.

Einen eigenartigen Beitrag zu diesem „Schutz“ lieferte in der Diskussion ein Landkolonist. Auf dem Berliner Riesgut Osborn hat man Kleingartenpächtern die Pacht pro Quadratmeter von bisher 35 Pf. gestiegen auf 5 M. bei einjähriger Pacht und 6 Pf. bei dreijähriger Pacht. Unter den davon betroffenen etwa 150 Pächtern, die sämtlich Einwohner von Groß-Berlin sind, herrscht laute Erregung. So schäufte der Berliner Magistrat das „Mittergut des kleinen Mannes“!

Das soziale Gewissen der Gemeinden.

Und wird geschrieben: Im holländischen Rudolf-Virchow-Krankenhaus wurde ein Schlichter, der vor dem Kriege 2 Jahre dort als Schlichter beschäftigt war, nachdem er aus dem Jure jurist war, nicht als Schlichter, sondern als Hofarbeiter angestellt, und zwar zum Anfangslohn, der für diese Arbeiter sehr gering ist. Die Verhandlung stellte das Verlangen, diesen Schlichter in der Küche zu beschäftigen, wo jetzt nur Frauen und Mädchen beschäftigt werden, damit er eine für seinen Beruf einschlägige Arbeit verrichten kann. Demgegenüber wurde verlangt, dem Schlichter mindestens den Lohn auszugeben, den er vor dem Kriege bezogen hat, inf. der Teuerungszulage. In der abschließenden Antwort sagt die Direktion, daß in der Küche nur drei Köchinnen und 66 Küchenmädchen beschäftigt werden, männliche Kräfte überhaupt nicht.

Also in der Küche werden 60 Frauen weiterbeschäftigt, während der Schlichter den Hof säubert. Bezahlt werden 1,50 M. pro Tag. Will man so die Arbeitsluft der Arbeiter fördern?

200 000 Mark Diebstehle. Für 200 000 M. Deute machten Einbrecher in dem Konfektgeschäft von David Spideler in der Deutschstraße 4. Sie brachen die Türen von den Bekleidungsräumen im dritten Stock mit Gewalt auf und hobten einfarbene und schottische Seidenblusen, Crepe de Chine-Seide, weiße und schwarze Seidengarne usw. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes ausgesetzt. — Auch die Kleiderfabrik von Berlin, aus der Vorkämpfer Str. 15, die auf dem Grundstück Sonnenburger Str. 14 liegt, wurde von Einbrechern heimlich. Hier stahlen ihnen für 20 000 M. fertige und zugeschnittene Herrenmäntel, marengofarbene, fertige und unfertige Militärhosen, Drillstoffe und Nähgarn in die Hände.

Im Verfolgungswahn und dem Fenster gebrungen ist gefahren auf dem Grundstück Brunnenstr. 15 die 74 Jahre alte Witwe Berta Streich, die dort im dritten Stockwerk des Quergebäudes wohnte. Die Frau war sofort tot.

Vorabend. Dienstag, abends 8 Uhr, Wirtschaftsausschuß: Oeffentliche Volksversammlung Thema: Kammer und die Kommunalwahlen. Ref.: Stadtkämmerer Hermann Berlin. — Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr, bei Vorkämpfer Str. 20: Mitgliederversammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Aus aller Welt.

Ein wißgewordener Schleichhändler.

Thorn. In Orien (Westpreußen) wurde im Schalterraum des Postamtes bei der Revision von Postwärtern der Revision Rudermond vom Schleichhändler Stanislaw, dessen Sendungen beschlagnahmt werden sollten, mit einem Dolmetscher getötet und der Dolmetscher nachmittlicher Verlierer am Kopf gefällig verlegt. Der Täter ist verhaftet.

Verantwortlich für Politik: Peter Müller, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm. Für Anzeigen: Theodor Wolff, Berlin. Verlag: Hermann Wolff, Berlin. Druck: Hermann Wolff, Berlin. Preis: 10 Pf. pro Nummer. Bestellungen: Hermann Wolff, Berlin. Bestellungen: Hermann Wolff, Berlin.

Verfahren sich eine ähnliche Regelung auf Hindernisse. Die alte Generalität hängt eben zu sehr an dem Lieblingstitel des Gerichtsherrn, das ihm so viele Rechte gibt und so schön geeignet war und ist, den Juristen zu zügeln, wenn dieser dem Gesichtspunkte des Klaren Rechts den Vorzug vor dem der „Manneswürde“ zu geben für seine Berufspflicht hat.

Die Offizierrichter in den erkennenden Gerichten sind durch die Verordnung der Reichsregierung vom 6. Dezember 1918, Ziffer V, beseitigt — mit Ausnahme des Reichsmilitärgerichts, wo die Befestigung der Offizierrichter konsequenterweise folgen muß und wird. Jetzt gilt es für die Reichsregierung: Beseitigung des Gerichtsherrn! Verfolgen wir die Denkschrift der Vollzugsratsmitglieder zu dem Verbot der Liebschaft-Luxemburg, so begegnet uns auf Schritt und Tritt als Hindernis nur der „Gerichtsherr“; besonders fällt dies in die Augen, wenn die mitberücksichtigten Schreiben und Bescheide des Kriegsgerichtsrats Jorns einer näheren Prüfung unterzogen werden. Warum wurde nicht vom Gerichtsherrn im Interesse einer einheitlichen schleunigen Untersuchung dem § 4 der Militärstrafgerichtsordnung Gebrauch gemacht, der es bei Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesetze (z. B. Mord) ermöglicht, im Falle der Mitbeteiligung von Personen, die der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstellt sind, auch die beteiligten Militärpersonen dem bürgerlichen Gerichte zur Untersuchung und Aburteilung des Falles zu übergeben? Wer lehnte die Verhaftung ab? Wer entschied über Ausdehnung des Verfahrens, wer über die Zulassung der Angehörigen des Verletzten und der Rechtsbeistände? Der Gerichtsherr. Die Befestigung der Einziehung des Gerichtsherrn ist ein dringendes Gebot der Stunde. Verschwindet der Gerichtsherr aus dem Verfahren, so werden die Vorwürfe gegen die Militärgerichtsbarkeit verstummen.

Die Republikanische Schutztruppe teilt und den Vorwurf einer Verleumdung mit, die sie an die „Rote Hölle“ als Entgegnung auf deren Artikel „Kutiner's Diebstehergewerbe“ gefandt hat. Die republikanische Schutztruppe stellt darin fest, daß die in der „Rote Hölle“ vorgenommene Diebstahl nicht durch Angehörige der Truppe ausgeführt worden sind. Es wird streng darauf geachtet, daß die Mannschaften der Republikanischen Schutztruppe sich keine Verleumdungen zuschreiben lassen können. Sollten dennoch Unrichtigkeiten vorkommen, so werden die Täter durch die Gerichtsbarkeit der Truppe sofort dem zuständigen Richter oder der Staatsanwaltschaft zugeführt. — Ferner bestätigt die Verleumdung unsere Feststellung, daß unser Abteilungsmitglied Kutiner mit der Leitung der Organisation der Schutztruppe nichts zu tun hat.

Gemeindewahlergebnisse.

Das Gesamtergebnis von Berlin.

Es haben erhalten:	
S. P. D.	232 927 (47 Sitze)
U. S. P. D.	235 330 (47)
Demokr.	106 528 (20)
Christl. Sp.	88 826 (7)
Deutsche Sp.	40 500 (8)
Deutschnat. Sp.	77 579 (15)

Charlottenburg. Sp. 38 957, Unabh. 26 041. Neue Mitte/Handpartei 8548, Demokraten 26 340, verbundene Listen der Bürgerlichen 41 388 Stimmen. Es erhalten Sitze: Mehrh. Sp. 22, Unabh. 13, Mittelhand 4, Demokr. 14, Ver. Christl. 20.

Neukölln. S. P. D. 51 932 (31 Sitze), U. S. P. D. 42 319 (23 Sitze), Demokr. 11 516 (7 Sitze), Vereinigte Deutschnat., deutsche und christl. Volksp. 12 040 (7 Sitze), Kommunale Partei 2386 (2 Sitze).

Schöneberg. S. P. D. 25 275 (19 Sitze), U. S. P. D. 21 577 (7 Sitze), Demokr. 17 900 (15 Sitze), Deutschnat. 16 045 (13 Sitze), Deutsche Volksp. 7280 (6 Sitze), Christl. Volksp. 4855 (3 Sitze), Wirtschaftvereinig. 4707 (8 Sitze).

Wilmerdorf. (Vorzugsweises Ergebnis) S. P. D. 17 086, U. S. P. D. 4721, Bürgerlicher Block 30 037, Hausparlierer 1961. Von den 66 Stadtverordnetenämtern wurden demnach erhalten: S. P. D. 26, U. S. P. D. 6, bürgerlicher Block 37 und die Hausparlierer 3 Sitze.

Spandau. S. P. D. 23 591, U. S. P. D. 13 215, Bürgerbund 13 215.

Reinickendorf. S. P. D. 5371, U. S. P. D. 9580, Bürgerliche 4087, U. S. P. D. hat allein 19 Vertreter von 36.

Erzgebirgs-Vorwerk. S. P. D. 6347, U. S. P. D. 4563, Demokr. 2800, Bürgerlicher Block 2070.

Oranienburg. S. P. D. 9 Vertreter (2478), U. S. P. D. 7 Vertreter (1050), Bürgerpartei 5 Vertreter (1518).

Johannisthal. S. P. D. 6 Vertreter (349), U. S. P. D. 7 Vertreter (1019), Demokr. 3 Vertreter (497), Zentrum, D. Sp., Deutschnat. Sp. (verbundene Listen) 2 Vertreter (270).

Oberbaumgarten. S. P. D. 6 Vertreter (3006), U. S. P. D. 13 Vertreter (6795), Demokr. 8 (1325), Zentrum, Deutschnat. Sp., D. Sp. (verb. Listen) 1 Vertreter (740).

Niederschönhausen. S. P. D. 3 (1683), U. S. P. D. 3 (1720), Demokr. 4 Vertreter (830), Zentrum, D. Sp., Deutschnat. Sp., 4 Vertreter (880).

Hellersdorf. S. P. D. 5 Vertreter (1428), U. S. P. D. 10 Vertreter (2061), Demokr. Bürgerauschuß 4 Vertreter (1113), D. Sp. 2 Vertreter (641).

Schlüterhof. S. P. D. 2449, U. S. P. D. 639, Bürgerlicher Block 4407, Demokr. 1540, Hausbesitzer 702. Es erhalten S. P. D. 7, U. S. P. D. 2, Mod. 14, Demokr. 5 und Hausbesitzer 2 Sitze.

Ramstein. S. P. D. 3145, U. S. P. D. 4287, Demokr. 1749, Konf. 1485, Christl. 382.

Tanzow. Sozialdemokraten 14 Sitze, Unabhängige 13, Demokraten 8. Die übrigen Parteien erhielten zusammen 13 Sitze.

Hörsing. Arbeiterpartei 15 Sitze, Unabhängige 14 und die Freiwähler 13.

Weißensee. S. P. D. 7 Sitze, U. S. P. D. 11, Bürgerliche 4, Fremdenpartei. S. P. D. 941 (3 Sitze), U. S. P. D. 834 (3 Sitze), Bürgerliche 2156 (9 Sitze).

Stettin. S. P. D. 901 (4 Sitze), U. S. P. D. 1152 (6 Sitze), Bürgerliche 542 (2 Sitze).

Rickmansdorf. S. P. D. 3119 (7 Sitze), U. S. P. D. 1804 (4 Sitze), Demokr. 1635 (4 Sitze), Christl. und D. Sp. 1166 (3 Sitze), Deutschnat. Sp. 1265 (3 Sitze).

Tempelhof. S. P. D. 6024 (9 Sitze), U. S. P. D. 2781 (4 Sitze), Demokr. 3145 (4 Sitze), Zentrum 952 (1 Sitze), D. Sp. 2628 (4 Sitze), Deutschnat. 1412 (2 Sitze).

Reichshagen. S. P. D. 2084 (6 Sitze), U. S. P. D. 3023 (7), Demokr. 1726 (4 Sitze), Bürgerliche Wirtschaft 3206 (7 Sitze).

Reichshagen. S. P. D. 2515 (7 Sitze), U. S. P. D. 2108 (5 Sitze), Bürgerpartei 3450 (9 Sitze).

Die Gemeindewahlen im Reich.

Hannover, 24. Februar. Nach der gestrigen Gemeindevahl in der Stadt Hannover verteilen sich die Sitze auf die einzelnen Parteien wie folgt: Mehrheitspartei 35, Unabhängige 2, Hauswirts und Gewerbetreibende 6, Angestellte 2, demokratische Partei 8, deutsch-hannoversche Partei und Zentrum 9, Sozialistische 1, Wahlvorschlag Kramer 1 (Stabsdirektor a. D. Kramer), Bürgerbund 8. Das Wahlergebnis auf Linden liegt noch nicht vor, doch dürften, soweit bis jetzt bekannt ist, die sozialistischen Parteien die Mehrheit errungen haben.